

A5NEU3 Soziale Gerechtigkeit – Zeit für Visionen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Leitantrag

Antragstext

- 1 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg kämpft für eine gerechte Welt.
2 Keine Person darf aufgrund von Geburtsort, Geschlecht, sozialem Habitus,
3 Einkommenssituation, Sexualität, Alter oder Aussehen diskriminiert werden.
4
5 Oberstes Ziel ist es, ein gutes Leben für alle Menschen mit gleichem Zugang zu
6 Ressourcen, politischen Teilhabeperspektiven und echter Chancengleichheit zu
7 ermöglichen. Dabei müssen wir vor allem bei den Schutzbedürftigsten der
8 Gesellschaft anfangen. Jedes fünfte Kind lebt aktuell in Brandenburg in Armut.
9 Wir fordern eine sofortige Überfinanzierung in allen Lebensbereichen, die für
10 die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen entscheidend sind.
11 Wir fordern eine Bundesratsinitiative, welche sich für die Kindergrundsicherung
12 einsetzt. Diese darf sich nicht nur auf die Sicherung der Grundbedürfnisse
13 beschränken, sie muss auch für die volle Entfaltungsmöglichkeit von Kindern
14 sorgen. Das Einkommen der Familie darf nicht mehr über eine gute Zukunft
15 entscheiden.
16
17 Damit eine gute Zukunft für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht am
18 Geldbeutel scheitert, fordern wir außerdem:
- 19 • mehr Lernorte ohne Bezahlzwang, dazu zählen auch bessere Öffnungszeiten
20 der Bibliotheken
 - 21 • Abschaffung aller (insbesondere versteckter) Studiengebühren
 - 22 • die Ausweitung von Sozialtickets für Kultur-, Musik- und Sportangebote
 - 23 • das Recht auf bezahlbaren Wohnraum, besonders für Studierende und
24 Auszubildende
 - 25 • guter Betreuungsschlüssel und individuelle Förderung in
26 Bildungseinrichtungen, damit Nachhilfe, die häufig eine starke finanzielle
27 Belastung mit sich bringt, gar nicht erst von Nöten ist
- 28 Eine sozial gerechte Gesellschaft ist darüber hinaus nur möglich, wenn sich der
29 Arbeitsmarkt revolutioniert. Gerade in Brandenburg, wo wir durch den kommenden
30 Kohleausstieg vor großen Umbrüchen stehen, brauchen wir neue Wege.
31
32 Dem in fast allen Berufen dauerpräsenten Leistungsdruck sagen wir den Kampf an!
33 Der stetige Druck raubt Kreativität und die Chance sich zu individuell zu
34 entfalten. Doch vor allem macht er krank: Schon heute fühlt sich jede*r Zweite
35 von einem Burn-Out bedroht. Für uns liegt ein Teil der Lösung auf der Hand:
36 Steigende Produktivität sollte nicht in erster Linie einem stetigen Wachstum des
37 Bruttoinlandsproduktes dienen, sondern der Reduktion der Regelarbeitszeit.
38 Sprich: Mehr Freizeit für alle - bei gleichem Wohlstandsniveau.

39 Wir wollen wegkommen von dem Dogma, dass immer mehr produziert werden muss.

40

41 Dass Menschen in Brandenburg und Deutschland in Armut leben, liegt nicht an
42 vermeintlich zu geringer Wirtschaftsleistung, sondern an der unfairen Verteilung
43 von Einkommen und Vermögen. Der Kuchen ist nicht zu klein, sondern ungerecht
44 aufgeteilt. Um Armut zu bekämpfen, muss auch Reichtum bekämpft werden - dafür
45 streiten wir auf allen Ebenen.

46

47 Ungerechte Einkommensverteilung äußert sich durch schlechte Bezahlung in vielen
48 Berufen, besonders hart trifft es die Care-Arbeit. Bei der Transformation der
49 bezahlten und unbezahlten Arbeit müssen wir der Care-Arbeit einen viel größeren
50 Stellenwert zuschreiben. Die wichtigsten Berufe für unsere Gesellschaft dürfen
51 nicht weiter für die schlechtesten Lebensbedingungen sorgen. Egal ob Erziehung
52 von Kindern, Pflege von Alten oder Kranken: Neben der schlechten Bezahlung muss
53 auch der Produktivitätszwang dringend weichen - denn hier bedeutet Qualität vor
54 allem ausreichend Zeit für individuelle Betreuung.

55

56 Wir fordern:

- 57 • Eine Arbeitswelt mit Freiräumen, statt Leistungszwang
- 58 • Umdenken hin zu einer wachstumskritischen und nachhaltig orientierten
59 Wirtschaftsweise
- 60 • Menschlichkeit im Care Sektor möglich machen: Produktivitätszwang aufheben
- 61 • den Care-Sektor zu entprivatisieren und angemessen zu entlohnen
- 62 • Arbeitszeiten zu verkürzen und so wieder platz für das wirkliche Leben zu
63 machen
- 64 • Formen des solidarischen Grundeinkommens prüfen und in einer
65 Modellregion wissenschaftlich begleitet testen

66 Darüber hinaus fordern wir zu Stärkung der ländlichen Räume:

- 67 • Weitere Etablierung von Home Office
- 68 • die Einführung der anonymisierten Bewerbungsverfahren

69 Um Diskriminierung in Einstellungsverfahren vorzubeugen, setzen wir uns für
70 anonymisierte Bewerbungsverfahren ein.

Begründung

Erfolgt Mündlich

Quellen:

<https://www.liga-brandenburg.de/AG-Kinderarmut-848461.html>

<https://www.presseportal.de/pm/119123/3912240>

<https://www.maz-online.de/Brandenburg/Trotz-des-Runden-Tisches-Kinderarmut-bleibt-in-Brandenburg-ein-Problem>

A1NEU2 Für Menschenrechte - Gegen Abschiebung

Antragsteller*in: Elias Gühne (GJ Oberhavel)
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge und Sonstiges

Antragstext

1 Wir positionieren uns klar gegen Abschiebungen, insbesondere nach Afghanistan.
2 Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland.

3 2020 wurden bereits Menschen nach Afghanistan abgeschoben, darunter auch ein
4 Mann aus Brandenburg. Das geschah, obwohl der Global Peace Index Afghanistan
5 erst kürzlich als das gefährlichste Land der Welt, noch vor Syrien, einstufte.
6 Die Lebensbedingungen sind katastrophal. Es gibt keine staatliche Organisation,
7 welche ein sicheres Leben ermöglichen könnte. Außerdem wütet weiter Krieg, der
8 ein freies und sicheres Leben verhindert.

9 Menschen, welche flohen, werden oft als Verräter*innen angesehen und haben kein
10 soziales Netzwerk mehr, auf das sie zurückgreifen könnten. Zusätzlich werden sie
11 ohne jegliche finanzielle Unterstützung aus Deutschland abgeschoben. Gerade im
12 Winter ist warme Kleidung, eine Unterkunft und Essen existenziell notwendig und
13 auch im Namen der Menschenwürde btw.

14 Abschiebungen, insbesondere nach Afghanistan, sind nicht mit den Menschenrechten
15 vereinbar. Wir fordern von der Brandenburger Landesregierung einen sofortigen
16 Abschiebestopp!

17 Wir sehen vorallem die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in der Pflicht für
18 unsere grünen Werte einzustehen und sich nicht der Verantwortung zu entziehen.

19
20 Den Bau eines sogenannten „Abschiebeknastes“ lehnen wir konsequent ab. Sollten
21 Gebäude errichtet werden, welche in jeglicher Art und Weise für Abschiebungen
22 gedacht sind, ist eine Landesregierung mit Beteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
23 Brandenburg für die GRÜNE JUGEND Brandenburg nicht tragbar und hinnehmbar. Wir
24 fordern dann die sofortige Auflösung und Neubildung einer Landesregierung. Es
25 gilt, mit jeder Kraft einen „Abschiebeknast“ oder ähnliche Gebilde zu
26 verhindern.

Unterstützer*innen

Josepha Albrecht (GJ Barnim)

A2NEU Die Häuser denen, die drin wohnen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge und Sonstiges

Antragstext

1 Als GRÜNE JUGEND Brandenburg sehen wir das Besetzen von Häusern, welche
2 unbewohnt sind, als Mittel des zivilen Ungehorsams, um auf Missstände der
3 Politik aufmerksam zu machen. In Zeiten der Gentrifizierung, welche auch
4 Brandenburg erreicht, sind Hausbesetzungen eine logische Reaktion. Sie liegen in
5 den Ursprüngen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

6 Denn „Eigentum verpflichtet!“, Wohneigentum als Wertanlage anzusehen ist
7 unmenschlich. Wohneigentum ist zum Wohnen da – wenn dieses nicht allen zur
8 Verfügung steht, ist das Besetzen und damit das Aufmerksam machen auf Missstände
9 eine Notwendigkeit. Wir kämpfen gegen Immobilienhaie – Wohnen ist ein
10 Menschenrecht und sollte Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Dafür ist
11 es zwingend notwendig bei Neubau und Sanierungen von Wohnraum einen Anteil an
12 Sozialwohnungen fest zu verankern, um gesellschaftliche Durchmischung zu fördern
13 und Spaltung entgegenzuwirken.

Begründung

mündlich

A4 Nicht für die Tonne! - Kompost für's Headquarter.

Antragsteller*in: Ricarda Budke, Robert Funke
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge und Sonstiges

Antragstext

- 1 Der Landesvorstand wird beauftragt, alle Mittel auszuschöpfen, um in der
- 2 Landesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg im Einvernehmen mit
- 3 der Mutterpartei binnen 3 Monaten eine umweltfreundliche und am Kreislaufprinzip
- 4 orientierte Form der Entsorgung organischer Abfälle zu etablieren.

Begründung

Bei jedem Treffen der Basisgruppe Potsdam, bei jeder Teilnahme an einer LAG-Sitzung, bei jedem viel zu kurzen Frühstück kurz vor einer Demonstration in der Landeshauptstadt tut es erneut weh: Der Apfelgriebs, die Bananenschale und der Teebeutel wandern in den Restmüll - mangels Alternativen. So gehen wertvolle Nährstoffe verloren, die eigentlich zurück auf den Acker gelangen sollten.

Effizienz, Suffizienz und Konsistenz werden häufig als die drei maßgeblichen Prinzipien der Nachhaltigkeit aufgeführt. Konsistenz wird von vielen Wissenschaftler*innen eine entscheidende und weitgehend unterschätzte Bedeutung zugeschrieben. Sie umfasst nicht nur den Austausch umweltschädlicher Technologien durch umweltfreundliche, sondern auch das Ziel einer in sich geschlossenen Kreislaufwirtschaft. Möglichst verlustfreies Recycling spielt hierbei eine zentrale Rolle.

Seit Jahren gibt es in der Partei sowie der Grünen Jugend den Wunsch nach einer Biotonne oder einem Kompost in der gemeinsam genutzten Landesgeschäftsstelle. Viele der Mitarbeitenden und der bündnisgrünen Landesvorstandsmitglieder sind offen für eine separate Entsorgung von Bio-Abfällen - es mangelt einzig und allein an der Umsetzung. Was für unsere Kenia-Regierungsbeteiligung gilt, sollte auch im Kleinen verfolgt werden: Nicht lange zappeln und endlich anpacken.

A6NEU Gerechte Finanzierung der Brandenburger Tierheime

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge und Sonstiges

Antragstext

1 Die Grüne Jugend Brandenburg fordert die Bündnisgrüne Landespartei sowie die
2 Landtagsfraktion auf, sich in der Koalition für eine ausreichende Finanzierung
3 der Brandenburger Tierheime einzusetzen. Gleichzeitig fordern wie alle grünen
4 kommunalen Mandatsträger*innen auf, sich für die bessere Finanzierung der
5 Tierheime in ihrem Gebiet einzusetzen. Als ersten Vorstoß bringen wir dafür
6 einen "Tiereuro" ins Spiel: Pro Einwohner*in soll jährlich ein Euro an das
7 Tierheim des jeweiligen Zuständigkeitsbereiches gezahlt werden. Ob das Geld
8 vollständig oder teilweise von kommunaler oder Landesebene stammt, muss
9 diskutiert werden.

Begründung

Seit 2008 ist Potsdam die einzige Landeshauptstadt der Bundesrepublik ohne Tierheim. (<https://www.pnn.de/potsdam/verzoegerungen-beim-tierheim-potsdamer-fundtiere-muessen-wohl-noch-laenger-nach-zossen/25068008.html>) Seit einigen Jahren wird nun mühsam ein neues Tierheim aus einem alten Flachbau an der Michendorfer Chaussee in Trägerschaft des Tierschutzvereins Potsdam e.V. erbaut. Genauso wie andere Brandenburger Tierheime leidet auch dieses unter erheblichen finanziellen Schwierigkeiten. Auch der Bau geht sehr schleppend voran. (<https://www.pnn.de/potsdam/fundtiere-in-potsdam-tierheim-bau-geht-schleppend-voran/25368218.html>) Bei einer Umbauzeit von fünf bis zehn Jahren rechnet der Verein mit Baukosten von 3,5 bis 4 Millionen Euro. (<https://www.pnn.de/potsdam/hilfe-fuer-tiere-in-potsdam-tierheim-plaene-kommen-voran/22828304.html>; <https://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam/Potsdamer-Tierheim-kurz-vor-der-Fertigstellung>) Nach Einwirkungen auf die Stadtverordnetenversammlung fasste diese einen Beschluss über eine Anschubfinanzierung in Höhe von 150 000 Euro sowie um Spenden für einen Tierheimbau in Höhe von 130 000 Euro, doch auch diese Gelder sind für den Tierschutzverein nicht auf Abruf verfügbar und werden in der Auszahlung aufgrund von Problemen auf Bundes- und EU-Ebene stark verzögert. (<https://www.pnn.de/potsdam/fundtiere-in-potsdam-tierheim-bau-geht-schleppend-voran/25368218.html>) Doch die jährlichen Kosten allein für den „Zweckbetrieb“ eines Tierheims betragen ca. 370.000€. Neben der Grundversorgung der Tiere und Reinigung der Unterkünfte und Gehege, muss das Gelände aber auch in Schuss gehalten und eine qualitativ hochwertige Vermittlung gewährleistet werden.

Ein Tierheim begleitet im Idealfall zudem Kastrationsaktionen außerhalb der Einrichtung. Damit die Tiere eine reelle Vermittlungschance bekommen, muss auf jeden Vierbeiner einzeln eingegangen werden. Einige Hunde sind sogar zunächst einmal erst zu resozialisieren. Hierfür entstehen zusätzliche Personalkosten. Eine Anspruchsgrundlage oder gesetzliche Regelung für die Beteiligung an den weiterhin hohen Kosten gibt es nicht. Die aktuelle finanzielle Zuwendung basiert auf einem alleinigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und der Zuneigung Schuberts, doch für die weiteren Jahre gibt es keine Garantien.

Auch müssen alle Fördergelder gesondert vom Verein beantragt werden, doch am Antragsprozedere für die Förderung durch die Stadt wird noch gearbeitet. Bislang allerdings ohne Erfolg. Noch sei der Verein „nicht in der Lage, der Bürokratie gerecht zu werden“. Derzeit müssen Potsdamer Fundtiere zum seit 2015 zuständigen Tierheim ins mehr als 40 Kilometer entfernte Zossen gebracht werden. Mehr als 80 Kilometer hin und wieder zurück muss ein Angestellter des Potsdamer Ordnungsamt rund alle drei

Tage fahren, um Potsdamer Fundtiere zum seit 2015 zuständigen Tierheim nach Zossen zu bringen. Rund 110 solcher Fahrten sind im Schnitt pro Jahr nötig, also mehr als 8800 Kilometer in einem VW-Kombi mit einem Verbrauch von 8,5 Liter Diesel auf 100 Kilometer. 8800 Kilometer pro Jahr bedeuten bei dem verwendeten VW-Transporter T6 Kombi bei einem laut ADAC durchschnittlichen Ausstoß von 168 Gramm klimaschädliches CO₂ pro Kilometer fast 1,64 Tonnen CO₂ – jedes Jahr. (<https://www.pnn.de/potsdam/verzoegerungen-beim-tierheim-potsdamer-fundtiere-muessen-wohl-noch-laenger-nach-zossen/25068008.html>)

Zurzeit gibt es in Brandenburg zwar die Möglichkeit, einen Antrag auf 25% der Sachkostenübernahme für Vorhaben in Tierheimen zu stellen. Doch die Möglichkeiten des Tierschutzvereins Potsdam sind begrenzt. Die Spenden und Mittel, die sie zur Verfügung haben, fließen in den Tierheimbau. Nur in Ausnahmefällen kann der Verein kurzfristig Pflegestellen einrichten. Die Pfleger*innen werden dann vertraglich an den Tierschutzverein gebunden, der die Kosten für die Pflege und Verpflegung des Tieres übernimmt. Die Tiere müssen hierbei häufig privat von den Mitgliedern oder Freiwilligen versorgt werden, sodass der Verein fast vollständig auf die unentgeltliche Hilfe der Mitglieder angewiesen ist. Letztes Jahr gab es rund 100 Igel, die zu dünn waren und den Winter so nicht aus eigener Kraft geschafft hätten. Die Aufpäppelung haben viele der Mitglieder übernommen, jedoch mangelt es immer wieder an aktiven Mitgliedern und Pflegestellen, da sie auf rein ehrenamtlicher Basis erfolgen. Allein im ersten Halbjahr 2018 hat der Verein unter seiner Notfallnummer 2377 Anrufe erhalten, wovon 750 Fälle durch Einsatzkräfte notfallversorgt werden mussten. Es waren häufig Notfälle mit Vergiftung, akuten Erkrankungen, Verletzungen oder Unfällen dabei. (<https://www.pnn.de/potsdam/hilfe-fuer-tiere-in-potsdam-tierheim-plaene-kommen-voran/22828304.html>)

Die Geschichte des Tierheims ist weit nicht die einzige in Brandenburg, welche die Missstände im kommunalen Tierschutz aufzeigt. Auch das Brandenburger Tierheim in der Caasmannstraße leidet an starker finanzieller und personeller Unterversorgung. Dieses musste zwei verdiente festangestellte Mitarbeiter entlassen, weil die Finanzierung der Einrichtung nicht mehr reichte. Allein im Jahr 2014 nahm die Notunterkunft des Tierheims beispielsweise 150 beschlagnahmte Katzen auf; viele von ihnen waren so krank, dass sie starben. 2015 mussten 20 misshandelte Tiere aufgenommen werden.

Zwar hat das Brandenburger Tierheim mit der Stadt Brandenburg und der Gemeinde Kloster Lehnin vor Jahren Verträge geschlossen, Fundtiere aufzunehmen. Diese Verträge werden von Tierheimen häufig mit der jeweils für sie zuständigen Kommune geschlossen, um einen Teilbetrag für auf der Straße gefundene Tiere von ihnen erstattet zu bekommen. Doch die Verträge wurden schon länger nicht an die Preissteigerungen der vergangenen Jahre angepasst. Hierbei handelt es sich meist auch um einige Cent pro Einwohner, was keinesfalls die tatsächlichen Ausgaben decken kann. Grundsätzlich ergibt sich bundesweit der Trend, dass insbesondere langjährige Verträge nie an die Preisentwicklung angepasst worden seien. Um Fundtiere auch medizinisch versorgen zu können - dazu zählen dringende Operationen - übernimmt der Tierschutzverein oder das Tierheim diese Kosten, die zumindest teilweise Pflichtaufgaben der Kommunen sind. (<https://www.maz-online.de/Lokales/Brandenburg-Havel/Tierheim-schlaegt-Alarm-wegen-Finanzluecke>) Auch hier gibt es keine gesetzlichen Garantien, die eine Aussicht auf die Verbesserung der finanziellen Situation hindeuten könnten. So wird es laut den Tierschutzvereinen und -heimen auf lange Sicht sehr schwierig, guten und effektiven Tierschutz zu gewährleisten.

Erst eine Kommunen-/ Stadtbeteiligung von 2€ pro Kommuneneinwohner pro Jahr würde die Zweckkosten überwiegend decken. Eine Beteiligung von mindestens 1€ pro Kommunen-/ Stadteinwohner durch die zuständige Kommune/ Stadt pro Jahr sowie eine entsprechende gesetzliche Anspruchsgrundlage wären aber dringend erforderlich und auch angemessen.

Die Bündnisgrüne Landespartei sowie die Landtagsfraktion werden daher aufgefordert, eine entsprechende Finanzierungsinitiative bei den Kommunen Brandenburgs zu ergreifen bzw. zu unterstützen.

A7NEU Kein Aufrüsten im Konflikt mit Russland!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge und Sonstiges

Antragstext

- 1 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg positioniert sich klar gegen ein gegenseitiges
- 2 Aufrüsten im Konflikt mit Russland. Wir fordern die Europäischen Staaten dazu
- 3 auf, sich wieder auf die Charta von Paris 1990 zu besinnen, die besagt: "Das
- 4 Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir
- 5 erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit
- 6 gründen werden." Gerade auch vor diesem Hintergrund lehnen wir das
- 7 unverhältnismäßige und unnütze 2% Ziel der NATO ab.
- 8 Wir verurteilen das völkerrechtswidrige und aggressive Vorgehen von Russland,
- 9 auf der Krim und in der Ostukraine. Wir fordern von Russland sämtliche
- 10 kriegerische Aktivitäten einzustellen, seine Truppen abzuziehen und die
- 11 völkerrechtswidrige Besetzung der Krim aufzugeben. Von Deutschland und der NATO
- 12 erwarten wir den Konflikt auf keinen Fall weiter anzuhetzen.
- 13 Darum stehen wir äußerst kritisch der NATO-Übung „Defender 2020“ (DEF20)
- 14 gegenüber. Besonders der Zeitpunkt könnte für Russland als Provokation gelten.
- 15 Den am 8. Mai ist das 75. Jubiläum des Sieges über Nazi-Deutschland, bei dem die
- 16 Rote Armee die Hauptlast trug.
- 17 Wir fordern dazu auf den Friedensprozess in der Ostukraine ernsthaft voran
- 18 zutreiben und Machtdemonstrationen zu beenden. Eine konsequente Abrüstung auf
- 19 allen Seiten muss das Ziel sein. Frieden ist eines der höchsten Güter die wir
- 20 haben und es muss alles getan werden um ihn zu erhalten!

Begründung

Ich werde leider nicht auf der LMV sein. Doch das Thema Frieden ist mir sehr wichtig. DEF20 ist dieses Frühjahr ein guter Anlass sich als GJ Bbg gegen kriegerische Konfliktlösungen zu stellen.

A8 Freund*in & Helfer*in statt autoritärer Ordnungsmacht

Antragsteller*in: Antonius Naumann und Hanna Große Holtrup

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge und Sonstiges

Antragstext

1 Die Polizei muss eine neutrale Institution sein, deren Aufgabe darin besteht,
2 Konflikte zu deeskalieren und Menschen vor Gewalt zu schützen. Oberstes Ziel der
3 Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat sollte sein, die Handlungsfreiheit
4 und Würde des Individuums zu bewahren, um ein friedliches Zusammenleben zu
5 gewährleisten

6 Eine demokratische Gesellschaft muss ihrer Polizei nicht blind vertrauen - das
7 sollte sie auch nicht. Wir wünschen uns eine menschliche, nahbare und kritische
8 Polizei, die sich das Vertrauen ihrer Mitmenschen verdient.

9 Klares Bekenntnis zur namentlichen Kennzeichnung

10 Die verfassungsmäßige Ausübung des Gewaltmonopols muss unter kritischer
11 demokratischer Kontrolle stehen. Anonymität im Einsatz ist intransparent und mit
12 der notwendigen Kontrolle der Polizeiarbeit unvereinbar.

13 Wir bekennen uns deshalb klar zur Fortsetzung der namentlichen Kennzeichnung in
14 Brandenburg. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Möglichkeit, einzelne
15 Polizist*innen von der namentlichen Kennzeichnungspflicht zu entbinden, lehnen
16 wir ab. Sollte eine konkrete Bedrohung für einzelne Polizist*innen vorliegen,
17 ist die Verwendung von einfach zu merkenden Pseudonymen denkbar. Diese müssen
18 vor dem Einsatz dokumentiert werden, um eine einfache Identifikation der
19 Polizist*innen nach dem Einsatz zu ermöglichen.

20 Kommunikationsteams der Polizei

21 Wir wollen polizeiliche Kommunikationsteams, die aus speziell geschulten
22 Vermittlungsbeamt*innen bestehen, auf Demonstrationen in Brandenburg. Diese
23 sollen für alle Teilnehmer*innen ansprechbar sein, Fehlverhalten von
24 Polizist*innen eindämmen und zu einer Deeskalation beitragen. Dadurch sollen
25 Konflikte schnell und gewaltfrei gelöst werden. Die Vermittlungsbeamt*innen
26 sollen unbewaffnet auftreten und auch optisch klar von der Uniformierung der
27 Polizist*innen unterscheidbar sein. Die Teams sollen Verständnis für die
28 Polizeipräsenz und -arbeit schaffen, indem sie als Vermittler*innen zwischen
29 Polizei und Zivilbevölkerung sowie zwischen verschiedenen Konfliktparteien
30 auftreten.

31 Bekämpfung rechtsextremer Strukturen in der Polizei

32 Rechtes Gedankengut und rechtsextreme Strukturen sind stark verankerte Probleme
33 in der Polizei. Politische Bildung mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus müssen
34 Bestandteil jeder Polizeiausbildung sein und in Fortbildungen vertiefend
35 behandelt werden, um Polizist*innen für die Erkennung rechtsextremer Strukturen
36 zu sensibilisieren und rechte Tendenzen im Keim zu ersticken.

37 Konfliktdeeskalation in der Ausbildung

38 Wir fordern, dass vor allem in der Ausbildung von Polizist*innen ein besonderer
39 Schwerpunkt auf Konfliktdeeskalation gelegt wird. Dies muss einen festen

40 Bestandteil ausmachen. Dabei müssen Polizist*innen besonders sensibilisiert
41 werden für deeskalierende Maßnahmen bei (politischen) Großveranstaltungen. Auch
42 Antirassismus Strategien müssen Bestandteil der Ausbildung sein, um Racial
43 Profiling zu verhindern.

44 Frauenförderung und Diversity-Strategie

45 Die Polizei sollte ein Spiegelbild der Gesellschaft sein, um struktureller
46 Diskriminierung durch die Polizei sie vorzubeugen. Diesem Anspruch wird die
47 Polizei derzeit nicht gerecht.

48 Vor diesem Hintergrund soll der Landtag unter Koordination der
49 Polizeibeauftragten Strategien zur Diversity- und Frauenförderung erarbeiten.
50 Diese soll unter anderem die Schaffung von Hilfsangeboten bei sexistischen,
51 rassistischen und homo- oder transphoben Übergriffen innerhalb der Polizei
52 beinhalten. Ebenso sollen Vorgesetzte durch gezielte Weiterbildung für den
53 Umgang mit Sexismus, Rassismus, Trans- und Homophobie sensibilisiert werden.

54 Umsetzung der Polizeibeschwerdestelle

55 Die Polizei muss Vorbild und Beschützer*in sein, sich an rechtsstaatliche
56 Prinzipien halten und die Menschenwürde achten.

57 Dort wo Polizist*innen gegen die Regeln des Rechtsstaates verstoßen, muss dieses
58 Verhalten aufgearbeitet und geahndet, statt gedeckt und vertuscht werden. Ebenso
59 soll kritischen Polizist*innen, die selbst Opfer physischer oder psychischer
60 Gewalt geworden sind die Möglichkeit geboten werden, in vertraulichem Rahmen
61 über diese Vorfälle zu sprechen.

62 Wir fordern die schnellstmögliche Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten
63 Beschwerdestelle für die Bürger*innen Brandenburgs und die Schaffung einer
64 Polizeibeauftragtenstelle.

65 Wir fordern die Landesregierung dazu auf, entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Begründung

Immer wieder kommt es bei Demonstrationen, Gegenprotesten oder anderen Großveranstaltungen zu eskalativen Situationen, in der die Polizei vereinzelt oder strukturell gewaltsam gegen Demonstrierende vorgeht und deren Grundrechte einschränkt. Die Möglichkeit Fehlverhalten von Polizist*innen zu ahnden oder präventiv zu verhindern, indem ein ausgeprägtes Problembewusstsein geschaffen wird, besteht oft nur unzureichend. Auch im Einsatz kommt es immer wieder zu Situationen, in denen Polizeibeamt*innen autoritär oder einschüchternd auf Zivilist*innen einwirken [1]. Um dem entgegenzuwirken, möchten wir einerseits eine Beschwerdestelle als Ansprechpartnerin für Bürger*innen einrichten und andererseits das Selbstverständnis der Polizei modernisieren, damit kritische Polizist*innen ermutigt werden, gegen Fehlverhalten ihrer Kolleg*innen vorzugehen, statt dieses zu dulden.

Polizist*innen müssen insbesondere für das Problem mit rechtem Gedankengut in der Polizei sensibilisiert werden. Dabei sind allgemeine Erklärungsmuster, die jeden Extremismus gemäß der Hufeisentheorie verurteilen nicht ausreichend, da rechte Gesinnung in der Polizei ein konkretes Problem - auch in Brandenburg [2] - darstellt [3], welches gezielt und ohne Relativierung bekämpft werden muss.

[1] Polizist agiert in eigener Sache - Verdächtiger Polizeieinsatz, taz:

<https://taz.de/Polizist-agiert-in-eigener-Sache!/5664422/>

[2] Rechtes Gedankengut in der Polizei in Brandenburg, taz:

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/innenminister-zu-defend-cottbus-polizisten-kannten-neonazi-zeichen-und-wollten-gezielt-provozieren/25294082.html>

[3] Rechtsextremismus in der Polizei - wie groß ist das Problem?, Polizeigrün e.V.:

<https://polizei-gruen.blogspot.com/2019/01/rechtsextremismus-in-der-polizei-wie.html>

A9NEU Kostenlose, saubere Toiletten für alle!!!

Antragsteller*in: Lilo Röderstein
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge und Sonstiges

Antragstext

- 1 „Die Grüne Jugend Brandenburg setzt sich für eine menschenwürdige
- 2 Toilettennutzung im öffentlichen Raum ein, die staatlich finanziert wird.
- 3 Dazu ist unser Vorstoß, dass die Nutzung von Toiletten in öffentlichen Gebäuden,
- 4 Restaurants und Cafés kostenlos möglich ist und dass zusätzliche City-Toiletten
- 5 aufgestellt werden, die regelmäßig gereinigt werden müssen.“

Begründung

Alle kennen sicherlich das Problem, wenn man in einer fremden Stadt oder zumindest nicht in der Nähe seiner Wohnung ist und man dennoch sehr dringend die Toilette benutzen müsste.

Dabei stößt man häufig auf folgende Problematik: a) es ist keine Toilette da.

b) eine Toilette ist da, aber um die benutzen zu dürfen, muss ich mir erstmal einen BigMac oder einen Pumpkin-Super-Spicy-Vanilla-Latte holen, um dann mit dem Code auf dem Bon die Klotür öffnen zu können.

c) die City-Toilette kostet ebenfalls Geld und riecht wie eine Jauchegrube.

Daher fordern wir, die Grüne Jugend Brandenburg, dass

1. der Mangel an öffentlichen Toiletten beseitigt wird.
2. eine öffentliche Nutzung von Toiletten, ob in öffentlichen Gebäuden oder Cafés, Restaurants und Hotels für jeden möglich ist.
3. die Toiletten in einem hygienisch angemessenem Zustand gehalten werden und das entsprechende Personal gerecht bezahlt wird.

Das Bedürfnis nach Darm- und Blasenentleerung stellt unserer Meinung nach ein Grundbedürfnis dar und sollte deswegen unter hygienischen, Privatsphäre gewährleistenden Umständen stattfinden können.

A10NEU2 Die Tesla-Ansiedlung ist nicht die Antwort auf die Klimakrise.

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange (Basismitglied)

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge und Sonstiges

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg streitet für eine sozial-ökologische Verkehrswende.
2 Der motorisierte Individualverkehr ist langfristig keine Lösung. Zukunftsfähige
3 Mobilität besteht aus Bahn, Bus, Fahrrad und Fußgänger*innen. Eine strukturelle
4 Privilegierung des Autos gegenüber anderen Verkehrsteilnehmenden muss ein Ende
5 haben. Die autogerechte Stadt der 70er Jahre gehört ins Geschichtsbuch!

6
7 Viele Brandenburger*innen werden aber aufgrund der schlechten
8 Verkehrsinfrastruktur ihrer Wohnorte noch einige Zeit auf Autos angewiesen sein.
9 Nach derzeitigem Forschungsstand sind E-Autos die umweltschonendste Alternative
10 zum Verbrenner.

11 Dennoch bringen auch E-Autos viele Nachteile mit sich. Sei es der hohe
12 Flächenverbrauch oder die katastrophale Umweltbilanz, die lithiumbasierte Akkus
13 mit sich bringen. Die Gewinnung von Lithium als Hauptbestandteil des Akkusystems
14 birgt erhebliche Risiken für das Abbauggebiet. Zusätzlich wird Cobalt, ein
15 fundamentaler Bestandteil des auf lithiumbasierten Akkus, häufig unter
16 menschenrechtswidrigen Umständen gewonnen. Mit solchen postkolonialen Zuständen
17 muss endlich gebrochen werden!

18 Wissenschaft und Wirtschaft sind in der Pflicht, weiterhin intensiv an
19 nachhaltigen Alternativen sowie dem Recycling der Bestandteile der Akkus zu
20 forschen und dies umzusetzen. Weiterhin ist es wichtig, dass geforscht wird, wie
21 Wasser in der Produktion gespart werden kann.

22
23 Derzeit baut der Automobilhersteller Tesla in Grünheide ein E-Auto Werk. Es soll
24 zukünftig etwa 500.000 E-Autos jährlich ausliefern und bis zu 12.000 Menschen
25 eine Arbeitsstelle bieten. Voraussichtlich im Juni 2021 sollen die ersten
26 Fahrzeuge vom Band gehen, bis dahin muss allerdings noch Wesentliches geklärt
27 werden.

28 Die Tesla-Ansiedlung ist nicht die Antwort auf die Klimakrise.

29
30 Jede Flächenversiegelung, jede Baumrodung ist eine Abwägung und wird kritisch von
31 uns begleitet. Insbesondere für die Ansiedlung von klimaschädlicher
32 Großindustrie. Diese werden von unseren Behörden gewissenhaft geprüft.
33 Zentral sehen wir die noch folgenden infrastrukturellen, wie planerischen
34 Herausforderungen.

35
36 Wir fordern die Landesregierung sowie die betreffenden Kommunen auf, möglichst
37 nachhaltige Rahmenbedingungen für die Ansiedlung des Tesla-Werkes zu schaffen.

38 Dazu gehört:

- 39 • Die Einlösung der Verpflichtung Teslas, die dreifache Fläche an Mischwald
40 wieder aufzuforsten
- 41 • An- und Ablieferung der Rohstoffe und Waren über die Schiene ermöglichen,
42 d.h. Ausbau der vorhandenen Güterstrecke
- 43 • Sicherung der Anreise der Beschäftigten mit dem Umweltverbund durch
44 Verlängerung der S-Bahn
- 45 • Eine gewissenhafte Abwägung, ob eine Öffnung des Landesentwicklungsplans
46 Hauptstadtregion hier sinnvoll ist. In jedem Fall müssen neue

47 Wohnquartiere in der Region nachhaltig geplant werden, beispielsweise
48 durch hohe energetische Standards und kurze Wege.

- 49 • Eine Bundesratsinitiative für ein Lieferkettengesetz, um beispielsweise
50 die Verwendung von Produkten aus Zwangs- und Kinderarbeit zu verhindern

51 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg ist entsetzt über die arbeitsmarktpolitischen
52 Forderungen von Elon Musk. Insbesondere die 80h Woche, die er forderte, ist in
53 keinster Weise mit unserem Verständnis von Arbeit und Leben zu vereinen.
54 Glücklicherweise lassen sich solche Vorstellungen in Deutschland schon lange
55 nicht mehr mit unserem Arbeitsrecht umsetzen. Aber prekäre Arbeit ist auch in
56 Brandenburg ein Problem.

57 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg fordert den Minister für Wirtschaft und Arbeit Jörg
58 Steinbach auf, sich für bestmögliche Arbeitsbedingungen und Tarifverträge
59 einzusetzen. Seite an Seite mit den Gewerkschaften kämpfen wir dafür!

60

61 Wir begrüßen, dass es im Land Brandenburg eine lebhafte Debatte über die Tesla-
62 Ansiedlung gibt und das Umweltverbände im Zweifel die Möglichkeit haben,
63 Fragestellungen gerichtlich zu klären.

64

65 Die Ressourcen unserer Erde sind begrenzt. Sei es Wasser, Fläche oder Rohstoffe.
66 Das muss immer mitgedacht werden.

67 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg wird den Bau des Tesla-Werkes kritisch-konstruktiv
68 begleiten.

Begründung

erfolgt mündlich

A12NEU4 Humanität leben- katastrophale Situation für Geflüchtete beheben

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge und Sonstiges

Antragstext

- 1 Seit letzter Woche machen sich geflüchtete Menschen auf den Weg Richtung EU,
- 2 speziell entlang der türkisch-griechischen Grenze. Auslöser dafür war die
- 3 Öffnung der Grenze von Seiten der Türkei nach der Eskalation des Konflikts in
- 4 Idlib. Die
- 5 Reaktion Griechenlands und die der EU sind mehr als fragwürdig, lassen gar jedes
- 6 Gefühl von Menschlichkeit vermissen. Laut UN-Angaben hält sich eine fünfstellige
- 7 Zahl von Menschen auf der Flucht an der Grenze auf. Gegen diese Menschen geht
- 8 Griechenland mit aller Härte vor. So werden Familien und Kinder mit Tränengas
- 9 und Gummigeschossen attackiert. Zum „Schutz“ seiner Grenze setzte Griechenland
- 10 zudem, ohne jeglichen nennenswerten öffentlichen Protest und entgegen
- 11 internationalen Rechts das Asylrecht aus.

- 12 Die Folge dessen: Gelingt es Geflüchteten die Grenze zu überwinden, werden ihnen
- 13 sämtliche Wertsachen abgenommen und sie werden wieder zurück in die Türkei
- 14 gebracht. Diese Praxis ist menschenunwürdig und verstößt gegen die
- 15 Menschenrechte, sowie die Genfer Flüchtlingskonvention.
- 16 Auch auf den griechischen Ägäis Inseln herrschen unmenschliche Zustände. Die
- 17 offiziellen Lager auf den Inseln sind völlig überfüllt und es mangelt an
- 18 Unterkünften, Versorgung und sanitären Einrichtungen. Etwa ein Drittel der
- 19 Schutzsuchenden auf den Inseln sind, oft unbegleitete, Kinder und Jugendliche.
- 20 Ihnen fehlt der Zugang zu Bildung und pädagogischen Angeboten - Ihnen wird jede
- 21 Chance auf eine Kindheit genommen und Zukunftsperspektiven verwehrt.

- 22 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg lehnt das Verhalten Griechenlands und das Verhalten
- 23 der Europäischen Union in dieser Frage entschieden ab. Darüber hinaus fordern
- 24 wir die Brandenburger Kommunen sowie die Landes- und Bundesregierung auf, sich
- 25 vehement für eine Aufnahme von Geflüchteten einzusetzen.